



Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur
Betreuung der Kriegsdienstverweigerer



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

AGDF und EAK
Endericher Straße 41
53115 Bonn
Tel./Fax: 0228 24999-0/-20

agdf@friedensdienst.de
office@eak-online.de

Resolution der Mitgliederversammlung der AGDF und EAK

2.10. 2010

Pflichtdienste abschaffen, Kriegseinsätze beenden – gewaltfreie Konflikttransformation und Freiwilligendienste ausbauen

Die Mitgliederversammlungen der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und der Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) begrüßen die von der Bundesregierung geplante Aussetzung der Wehrpflicht und damit die faktische Abschaffung des verpflichtenden Wehr- und Ersatzdienstes. Zugleich lehnen sie den weiteren Umbau der Bundeswehr in eine „Armee im weltweiten Einsatz“ ab.

Die Mitgliederversammlungen wenden sich dagegen, dass die Bundeswehr im Rahmen ihres umfassenden und verstärkten Werbefeldzugs zur Rekrutierung für den Kriegsdienst junge Menschen zu beeinflussen versucht. Weiter protestieren sie dagegen, dass Jugendoffizieren an Schulen vermehrt die Gelegenheit gegeben wird, Unterricht (mit) zu gestalten bzw. auf die Ausbildung und Arbeit der Lehrkräfte Einfluss zu nehmen.

Notwendig sind vielmehr der Ausbau der Ressourcen und die Weiterentwicklung der Instrumente für gewaltfreie Konflikttransformation. Die Mitgliederversammlungen fordern den Bundestag auf, die Planungen für Kürzungen der entsprechenden Haushaltstitel beim Auswärtigen Amt und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nicht nur zurückzunehmen, sondern diese Mittel deutlich aufzustocken.

Die Mitgliederversammlungen fordern die durch Aussetzung des Zivildienstes frei werdenden Mittel zum Ausbau der seit über 50 Jahren bestehenden Freiwilligendienste zu nutzen. Dabei sollte die Verantwortung für die Durchführung und Ausgestaltung von Freiwilligendiensten vorrangig bei zivilgesellschaftlichen Organisationen liegen.

Münster/Hamburg, den 2. Oktober 2010